



Beschluss der 33.Landesmitgliederversammlung(LMV) in Possenhofen vom 29. November - 1.Dezember 2013

Ausbau der Windenergie in Bayern

Union und SPD planen derzeit, dass die Bundesländer den Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten selbst bestimmen dürfen. Die CSU plant einen Mindestabstand, der das zehnfache der Bauhöhe beträgt und würde damit den Ausbau der Windenergie in Bayern erneut torpedieren. Selbst bereits im Planungsstadium befindliche Windenergieanlagen, die teilweise von der Bevölkerung akzeptiert und sogar mitfinanziert werden sollten, könnten dann nicht mehr gebaut werden und teils jahrelange Bürger*innenbeteiligung bei geplanten Windenergieanlagen wäre vergebens. Statt zu versuchen, Vorreiter bei den erneuerbaren Energien zu werden, steht Bayern auf der Bremse und das obwohl wir derzeit das Bundesland mit der höchsten Atomstromproduktion sind.

Statt auf viel zu großzügig bemessene Mindestentfernungen zu setzen, täte die bayerische Staatsregierung besser daran, sich für transparentere Planungsverfahren und eine frühere und bessere Bürger*innenbeteiligung stark zu machen. Die Energiewende darf nicht den 4 großen Atomstromkonzernen überlassen werden, sondern muss verstärkt auf Bürger*innendialog und -beteiligung sowie auf mehr erneuerbare Energieproduktion in Bürger*innenhand setzen. Die Energiewende kann nur durch ein Zusammenspiel aller erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Geothermie und Wasser, sowie intelligenter Speichersysteme, Stromeinsparung und vielem weiterem gelingen. Hierzu ist es wichtig, dass sowohl die Großkonzerne durch gesetzliche Vorgaben dazu ermutigt werden in erneuerbare Energien zu investieren, als auch, dass die nicht so finanzstarken Unternehmen und Bürger*innen finanziell unterstützt werden. Der Ausbau der Windenergie ist hierbei ein zentrales Element, dass nicht durch Schnellschüsse aus der bayerischen Staatskanzlei gefährdet werden darf.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Abkehr von den Plänen einer Mindestentfernung und stattdessen geeignete Maßnahmen zum Schutz der Bürger*innen vor Lärm, Schallwellen sowie alle weiteren, störenden Faktoren die von Windenergieanlagen ausgehen könnten. Ein frühzeitiger Dialog mit den Bürger*innen im frühen Planungsstadium von Windenergieanlagen, ebnet oft den Weg zu allgemeiner Akzeptanz. An dieser Stelle muss angeknüpft werden. Für 100 % erneuerbare Energien. Zuerst in Bayern, dann in Deutschland und schlussendlich auf der ganzen Welt.

Förderung von Windenergieanlagen in Bayern

In Bayern sehen wir erhebliches Potential für die Windenergie. Dafür ist es aber notwendig, dass die Windenergieanlagen ausreichend Strom produzieren und an geeigneten Standorten errichtet werden können. Der Freistaat Bayern muss dafür Sorge tragen, dass die Energiewende nicht ins Stocken gerät.

Wir fordern die Einführung, einer vom EEG unabhängigen Einspeise-Vergütung, die gezielt Privatpersonen und bürgerliche Genossenschaften auf Bayerischer Landesebene fördert. Wir wollen damit einen zusätzlichen Anreiz für Bürger*innen bieten, sich an der Energiewende zu beteiligen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie auch von der Bevölkerung anerkannt und mitgetragen wird.

Beschluss der 33. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Possenhofen (Nov/Dez 2013)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)